«LfdNr»

RECHTSANWALTSKAMMER KÖLN

Abschlussprüfung
für Rechtsanwaltsfachangestellte
Sommer 2022

Name:	**«NameAzubi»**
Vorname:	**«VornameAzubi»**
Kenn-Nr.:	**«Kennummer»**
Ort:	**«Berufsschule_TS_L»**
Datum:	**29.04.2022**
Prüfungsfach:	**Vergütung und Kosten**
Bearbeitungszeit:	**90 Minuten**
Zugelassene Hilfsmittel:	**- Gesetzessammlung „Schönfelder“, - Aktuelle Gesetzestexte ohne Erläuterung und Kommentierungen, - Taschenrechner, - Gebührentabellen ohne Ausweis von Auslagenpauschalen und Umsatzsteuer, - Kalender**

Erster Prüfer		**Zweiter Prüfer**	
	Punkte		**Punkte**
	Datum		**Datum**
	Name, Unterschrift		**Name, Unterschrift**

1. Aufgabe (10 Punkte)

Die Taxifahrerin T erscheint bei der Rechtsanwältin R und legt einen Bußgeldbescheid vor, in dem ein Bußgeld von 100 € verhängt worden ist sowie ein Fahrverbot von einem Monat. R legt auftragsgemäß gegen den Bußgeldbescheid Einspruch ein und fordert die Ermittlungsakten zur Einsichtnahme an. Die Ermittlungsakten werden ihr nebst einer Rechnung über eine Aktenversendungspauschale in Höhe von 12 € übermittelt. Rechtsanwältin R zahlt die Aktenversendungspauschale, fertigt 15 Seiten Schwarz-Weiß-Kopien aus der Akte und schickt die Akte sodann zurück. Hiernach gibt sie eine Einlassung ab und weist darauf hin, dass T beruflich und auch aus familiären Gründen dringend auf die Fahrerlaubnis angewiesen ist. Daraufhin nimmt die Bußgeldstelle den Bußgeldbescheid zurück und erlässt einen neuen Bußgeldbescheid über 300 €, allerdings ohne Fahrverbot.

Welche Vergütung steht der Rechtsanwältin R einschließlich Umsatzsteuer zu?

Soweit Rahmengebühren anzuwenden sind, gehen Sie von der Mittelgebühr aus.

2. Aufgabe (7 Punkte)

Rechtsanwältin R hatte die Mandantin zunächst außergerichtlich vertreten, hiernach im Mahnverfahren und sodann im anschließenden Verfahren vor dem Amtsgericht. Rechtsanwältin R hatte sowohl die Gerichtsgebühr für das Mahnverfahren als auch die weitere Gerichtsgebühr für das gerichtliche Verfahren vorgelegt. Darüber hinaus hatte sie zwischenzeitlich Akteneinsicht bei Gericht beantragt und hierfür 12 € gezahlt. Da die Mandantin die Rechnung der Rechtsanwälte nicht bezahlt, beantragt sie nunmehr, das Vergütungsfestsetzungsverfahren nach § 11 RVG einzuleiten.

Welche Rechnungspositionen können in diesem Verfahren festgesetzt werden?

Position	festsetzungsfähig	nicht festsetzungsfähig
vorgerichtliche Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV		
vorgerichtliche Postentgeltpauschale, Nr. 7002 VV		
0,5 Gerichtsgebühr des Mahnverfahrens		
1,0 Verfahrensgebühr des Mahnverfahrens		
Verfahrens- und Terminsgebühr des gerichtlichen Verfahrens		
weitere Gerichtsgebühr für das gerichtliche Mahnverfahren		
Aktenversendungspauschale		

3. Aufgabe (7 Punkte)
Rechtsanwältin R hat für die Mandantin zunächst eine Forderung in Höhe von 10.000 € gegen die Schuldnerin S geltend gemacht. S zahlt auf die Mahnung hin 4.000 €.

Wegen der weiteren 6.000 € erhebt R sodann Klage. Im schriftlichen Vorverfahren ergeht ein Versäumnisurteil gegen S. Gegen dieses Versäumnisurteil legt S Einspruch ein, worauf das Landgericht Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt. Zum Termin erscheint für die S niemand, so dass der Einspruch durch zweites Versäumnisurteil verworfen wird.

Berechnen Sie die Vergütung von Rechtsanwältin R ohne Umsatzsteuer und gehen Sie davon aus, dass die Angelegenheit vorgerichtlich weder umfangreich noch schwierig war.

4. Aufgabe (8 Punkte)
Rechtsanwältin R hat für ihre Mandantin gegen S ein Urteil über 6.000 € nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozent seit dem 1. 1. 2022 erwirkt. Am 1. 4. 2022 beauftragt die Mandantin Rechtsanwältin R, eine Gehaltspfändung wegen der gesamten titulierten Forderung auszubringen. Der Arbeitgeber teilt mit, dass S bereits vor Monaten entlassen worden sei und keine Gehaltsforderungen mehr bestünden. Daraufhin wird Rechtsanwältin R beauftragt, die Vermögensauskunft des S einzuholen.

Berechnen Sie die Vergütung von Rechtsanwältin R in der Zwangsvollstreckung ohne Umsatzsteuer.

5. Aufgabe (9 Punkte)

Die Hauseigentümerin und Vermieterin V möchte gegen ihre Mieterin M Räumungsklage erheben. Die Kaltmiete beträgt 400 €. Des Weiteren sind Nebenkostenvorauszahlungen in Höhe von 150 € vereinbart.

Welche Gerichtskosten muss V vorauszahlen, wenn sie Räumungsklage erhebt?

Geben Sie auch die maßgebliche Streitwertvorschrift und den maßgeblichen Gebührentatbestand für die Gerichtsgebühr an.

6. Aufgabe (17 Punkte)

Im Scheidungsverfahren einigen sich die beteiligten Eheleute über den anhängigen Versorgungsausgleich und den nicht anhängigen Zugewinnausgleich. Das Familiengericht spricht sodann die Scheidung aus und setzt die Verfahrenswerte wie folgt fest:

Ehesache	9.000 €
Versorgungsausgleich	1.800 €
Mehrwert des Vergleichs Güterrecht	20.000 €

a) Welche Vergütung kann Rechtsanwältin R verlangen (ohne Umsatzsteuer)?

b) Rechtsanwältin R ist mit der gerichtlichen Wertfestsetzung nicht einverstanden und möchte Beschwerde einlegen. Innerhalb welcher Frist muss die Beschwerde bei Gericht eingehen? Nennen Sie die Vorschrift.

7. Aufgabe (17 Punkte)

Geben Sie die Bezeichnung der Gebühr an (z. B. Verfahrensgebühr, Terminsgebühr o. ä) und geben sie die gesetzliche Vorschrift an, also die Nummer des Vergütungsverzeichnisses oder den Paragrafen und das Gesetz, in dem die Gebühr geregelt ist.

Welche Gebühren fallen an, wenn der Anwalt beauftragt ist,

	Bezeichnung der Gebühr	**Gesetzliche Vorschrift**
a) eine noch nicht titulierte Forderung außergerichtlich beizutreiben?		
b) ein Testament zu entwerfen?		
c) einen Vertrag zu entwerfen?		
d) eine Forderung beizutreiben, die notariell beurkundet ist und hinsichtlich der sich der Schuldner der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen hat?		
e) die Kündigung eines Mietverhältnisses auszusprechen?		
f) eine Berufung gegen ein Urteil des Amtsgerichts in einer Zivilsache einzulegen?		
g) eine Erinnerung gegen einen Kostenfestsetzungsbeschluss einzulegen?		

8. Aufgabe (13 Punkte)

In einem Berufungsverfahren (Streitwert 10.000 €) schließt der Anwalt für seinen Mandanten einen Vergleich, in den eine weitere nicht anhängige Forderung i.H.v. 6.000 € einbezogen wird.

Berechnen Sie die Vergütung des Rechtsanwalts ohne Umsatzsteuer.

9. Aufgabe (12 Punkte)

Der Anwalt erwirkt für seinen Mandanten einen Mahnbescheid über 4.000 €. Dagegen legt der Schuldner durch seinen Anwalt Widerspruch ein. Die Sache wird daraufhin an das Amtsgericht abgegeben. Nach mündlicher Verhandlung, an der beide Anwälte teilnehmen, ergeht ein Urteil.

Berechnen Sie die Vergütung der beiden Anwälte (ohne Umsatzsteuer).

weiter zu der Lösung zur Aufgabe 12